

Lübecker Volksbote.

Organ für die Interessen der werththätigen Bevölkerung.

Fernsprecher Nr. 926]

Mit der illustrierten Sonntagsbeilage „Die Neue Welt“.

[Fernsprecher Nr. 926

Der „Lübecker Volksbote“ erscheint täglich abends (außer an Sonn- und Festtagen) mit dem Datum des folgenden Tages und ist durch die Expedition, Johannisstraße Nr. 50/52, und die Post zu beziehen. — Preis vierteljährlich Mk. 1.60. Monatlich 55 Pfg. — Postzeitungsliste Nr. 4069 a, sechster Nachtrag.

Die Anzeigengebühr beträgt für die viergespaltene Beilage oder deren Raum 15 Pfg., für Versammlungs-, Arbeits- und Wohnungs-Anzeigen nur 10 Pfg., auswärtige Anzeigen 20 Pfg. — Inserate für die nächste Nummer müssen bis 9 Uhr vormittags, größere tags vorher, in der Expedition abgegeben werden.

Nr. 65.

Freitag, den 17. März 1905.

12. Jahrg.

Hierzu eine Beilage.

Politische Rundschau.

Deutschland.

Folgen der Brotwucherpolitik. Aus Konstanz wird der „Fest. Zeitung“ gemeldet: Die Firma Gebrüder Schwarz hat ihr Fabrikwesen verkauft und hauptsächlich ihre Korsettfabrik auf schweizerische Seite zu verlegen. — Die Arbeiter und dort in Betracht kommenden Gewerbetreibenden können sich jetzt bei den Agrarern und der ihnen geistlich bedenklichen Sippe bedanken. **Zu der Erneuerung des bisherigen Privatbesitzer Dr. Jastrow** in Charlottenburg macht unser Zentralorgan folgende Bemerkung: „Jastrow hat zweifellos Verdienste als Nationalökonom. Namentlich in der Untersuchung der Verhältnisse auf dem Arbeitsmarkt hat er sich verdient gemacht. Das „Reichsarchivblatt“ hat die von ihm erprobte Methode der statistischen Erfassung der Bewegung auf dem Arbeitsmarkt, wenn auch mit der dem amtlichen Apparat zuzugänglichen Erweiterung der Grundlagen, übernommen. Man sagt, er sei seiner sozialpolitischen Anschauung wegen stets zurückgesetzt worden und tatsächlich ist er 20 Jahre lang Privatdozent gewesen. Herr Jastrow ist sicherlich nicht irgendeiner Sympathie mit der Sozialdemokratie verdächtig. Er ist ein Schüler Rauhes, hat höchst national über die Erfüllung des deutschen Einheitsstraumes geschrieben, und ist auch sonst ganz und garnicht revolutionär. Er ist etwa national-sozial. Aber er hat es gewagt, ernsthaft liberal zu sein — so blieb er zur Strafe Privatdozent. Die Wendekurve und Kühnemann machen schnellere Karriere. Wenn Herr Jastrow einige hundert Jahre werden sollte, so wird er es schließlich auch zum Ordinarius bringen. In Preußen herrscht ja die Freiheit der Wissenschaft!“

Von der Reichserbschaftsteuer. Nicht unbedingt ablehnend gegen eine solche hat sich der preussische Finanzminister von Rheinbaben ausgesprochen. Nach dem stenographischen Bericht führte er aus: „Dass der Wille der Reichsfinanzen abgeholfen werden muss, ich glaube, darüber werden wir alle einig sein. (Sehr richtig!) Aber welcher Weg dafür zu wählen ist, darüber sind die Verhandlungen noch in keiner Weise abgeschlossen, selbst im Reichsschatzamt noch nicht, und noch weniger ist eine Vorlage an das Staatsministerium oder gar an den Bundesrat gelangt. Bei dieser rein präparatorischen Lage der ganzen Sache bin ich außerstande, meinerseits hier eine Erklärung abzugeben. Ich möchte nur betonen, dass meines Erachtens von einem Wegfall der preussischen Erbschaftsteuer gar keine Rede sein kann; denn ich würde nicht, wie die Bundesstaaten dazu kommen sollten, auf den Ertrag zu verzichten, den sie gewärtig haben. Es ist für Preußen ein Objekt von 11 Millionen, auf das wir niemals verzichten können. Ebenso pflichte ich Herrn Abgev. Heydenreich darin bei, dass der Weg einer Reichs-Einkommensteuer für die Bundesstaaten von vornherein ungangbar ist. Auf diese wenigen Bemerkungen muss ich mich gegenwärtig beschränken; ich würde fürchten müssen, sonst in die Verhandlungen einzugreifen, die gegenwärtig bei den Reichsinstanzen schweben.“ — Aufwiel Liebe für eine Reichserbschaftsteuer scheint Herr v. Rheinbaben nicht zu haben. Interessant, wenn auch nicht neu ist, dass er den Weg einer Reichs-Einkommensteuer in allen Bundesstaaten für ungangbar hält. Das deutsche Volk kann sich nur darauf gefasst machen, noch mehr durch indirekte Steuern geprellt zu werden.

Dem Studententag, der gegenwärtig in Eisenach tagt, hat Wilhelm II. auf ein an ihn gerichtetes Guldigungstelegramm eine Antwort erteilt, die die edlen Kämpfer für die „akademische Freiheit“, welche die Freiheit Anderer denkender beschränken möchte, wahrscheinlich nicht sonderlich erfreuen wird. Das Antworttelegramm des Kaisers lautete: „Ich habe den Guldigungsgruß entgegengenommen in dem Vertrauen, dass Ihr Studententag kein befristet sein werde, die Geistesfreiheit durch die Achtung vor der Ueberzeugung Anderer denkender hochgehalten.“ — Das hatten die deutschen Jünglinge, die den katholischen Studentenvereinen das Epistologrecht nehmen wollten, wohl nicht erwartet.

Die bedingte Begnadigung. Dem Reichstag ist die Zusammenstellung über die Anwendung der für die bedingte Begnadigung geltenden Vorschriften für die Zeit bis Ende 1904 zugegangen. Insgesamt ist seit der Einführung der bedingten Begnadigung bis Ende 1904 in 80 830 Fällen die Aussetzung der Strafsvollstreckung mit Aussicht auf Begnadigung gewährt worden. Für das Jahr 1904 beträgt die Zahl 14 783. Die Maßregel kam in 76 Proz. der Fälle Personen männlichen Geschlechts, in 24 Proz. Personen weiblichen Geschlechts zugute. Dabei kamen 1/3 aller bedingten Begnadigungen auf Jugendliche und zwar, abgesehen von 3 Proz., auf noch nicht mit Freiheitsstrafe bestrafte Jugendliche. Die prägnante Handlung, auf welche sich die

Begnadigung bezog, war in 66 Proz. der Fälle ein Verbrechen, in 21 Proz. ein Verbrechen und in 13 Proz. eine Uebertretung. Die Dauer der angelegten Gefängnisstrafe betrug in 1/3 der Fälle eine Woche oder weniger, nur in 1/4 der Fälle überstieg sie einen Monat. Die Bewährungsfrist war in 76 Proz. der Fälle auf weniger als drei Jahre bemessen, in 24 Proz. auf drei Jahre oder mehr. Im Durchschnitt der letzten fünf Jahre haben 79,9 Proz. der Fälle einen günstigen Ausgang gehabt.

Vom lippe'schen Froschmäulerkrieg. Der Landtag von Lippes-Deimold genehmigte gestern das lippe'sche Thronfolgegesetz in der ihm von der Kommission gegebenen Fassung. Hiernach ist der nach dem Schiedsvertrag vom 5. November 1904 zwischen dem Fürsten Georg zu Schaumburg-Lippe und dem Grafen Leopold zu Lippe-Deimold, Regenten des Fürstentums Lippe, ergehende Schiedspruch für die Thronfolge im Fürstentum Lippe maßgebend. Auf die Einsetzung und Führung der bis zur endgültigen Entscheidung zur Zeit schwebenden Thronfolgefrage ist etwa noch weiterhin notwendig werden die Bestimmungen des Regentenschaftsgesetzes vom 24. April 1895 entsprechende Anwendung. — Unsere Parteigenossen stimmten gegen das Gesetz.

Amliche Wahlmasche. Die Wahlprüfungskommission des Reichstagesparlamentes beschloss, die Ungültigkeitserklärung der Wahlen von Wolff Gorki und Petraschka im Plezium zu beantragen. Satersteden sind die Urkunden, die zu diesem Beschlusse geführt haben. Seitens des Regierungspräsidenten in Bromberg war am 28. März 1903 an sämtliche Landräthe und Bürgermeister des Regierungsbezirks folgender Gehalt gerichtet worden: „Um bei den bevorstehenden Wahlen zum Reichstag und zum Abgeordnetenhaus tathätig einen Siege der politischen Kandidatur entgegenzuwirken, ist es Pflicht jedes Deutschen, sein Wahlrecht in nationalem Sinne auszuüben. Nicht zum werten sind aber nach dem Inhalt des Staatsministerialbeschlusses vom 12. April 1898 die Beamten berufen, alle ihre Kräfte in den Dienst der nationalen Sache zu stellen. Das wird ihnen um so leichter werden, als nicht anzunehmen ist, dass eine Zerstückelung der deutschen Parteien die Entscheidung der Wähler für den einen oder anderen Kandidaten erschweren wird. Ich mache Ihnen die Erfüllung der Ihnen hiernach vorzugsweise obliegenden nationalen Aufgabe zur außerordentlichen Pflicht und erlaube, die Beamten Ihres Geschäftsbereichs entsprechend zu verständigen. Dankschreiben sind an den Wahltagen möglichst zu vermeiden.“ — Also eine Wahlbeeinflussung, wie sie ärger nicht gedacht werden kann!

Die Kraft, die stets das Gute schafft. Die „Konserb. Korresp.“ bringt die folgende, recht interessante Aeußerung über die „sozialdemokratischen Arbeitersekretariate“:

„Aus dem Jahresberichte des Central-Arbeitersekretariats für das vergangene Jahr sind folgende Bemerkungen hervorzuheben:

„Die Einwirkung von Arbeitersekretariaten wird von den organisierten Arbeitern einzelner Orte als das sicherste Mittel angesehen, die gewerkschaftliche Agitation zu fördern.“

„Das Verhältnis des Sekretariats zum Reichs-Versicherungskamt ist nach wie vor durchaus zufriedenstellend.“

Wenn sich sogar die führenden „Genossen“ mit ihrem Verhältnis zu irgend einer Behörde zufrieden erklären, so läßt das tief blicken. Im übrigen beharf die Zusammenstellung der beiden obigen Sätze keines weiteren Kommentars.

Demgegenüber sei auf die von dem konservativen Abgeordneten Herrn v. Krain-Prödom im preussischen Abgeordnetenhaus erhobene Forderung, daß den Gemeinden Staatszuschüsse zur Förderung auch der Rechtsberatung für die minder bemittelten Bevölkerungsschichten behufs unentgeltlicher Auskunftsvermittlung gewährt werden sollten, um so dem Anwachsen der Sozialdemokratie und deren Ausnützung des Auskunftsbedürfnisses entgegenzuwirken, aufmerksam gemacht. Der Herr Handelsminister hat seine Geneigtheit, auf diese Forderung einzugehen, zugesagt, und es ist zu hoffen, daß diese Aufgabe, die tatsächlich als eine ungemein wichtige anzusehen ist, energisch in die Hand genommen werden wird.

Es läßt „tief blicken“, daß ein Organ der Arbeiterinteressen sein Verhältnis zum Reichs-Versicherungskamt als befriedigend erklärt. Nach der konservativen offiziellen „Konservativen Korrespondenz“ ist es ein unerhörter Skandal, wenn eine Reichsbehörde sich die Befriedigung der „sozialdemokratischen Arbeitersekretariate“ zuzieht. Nach konservativer Bedart erfüllt eine Behörde, auch wenn sie lediglich eine ganz unpolitische, soziale Aufgabe auszuführen hat, nur dann ihre Pflicht, wenn sie die Arbeiterschaft — in Anwesenheit erhält. Nicht minder hübsch ist aber das weitere Geschehnis der „Konf. Korresp.“ Mit erheblichem Eifer wird die Einführung von kommunalen Rechtsberatungsstellen und Zahlung von Staatszuschüssen zu

dieser Einrichtung gefordert. Ursprünglich finden die Konservativen eine Aufgabe, die als ungemein wichtig anzusehen ist und „energisch in die Hand genommen werden“ soll. Unvorstellbar geschieht man dabei ein Auskunftsbedürfnis der Arbeiterschaft zu. Aber warum haben die Konservativen dies dringende Bedürfnis nicht längst entdeckt und zu befriedigen unternommen? Hätte die Arbeiterschaft auf die konservativen Arbeitersekretariate gewartet, so hätte sie freilich lange warten dürfen. Die Korrespondenz geschieht in offener Tölpelhaftigkeit: „um dem Anwachsen der Sozialdemokratie und deren Ausnützung des Auskunftsbedürfnisses entgegenzuwirken.“ ... „Erst da die Arbeiter sich selbst das helfen, was sie nötig brauchen, und da die neue Schöpfung ein blühender Erfolg der Gesamtarbeiterbewegung wurde, geht den Konservativen der Sinn für die „ungemein wichtige“ Aufgabe auf. Die „Konf. Korresp.“ beweist an dem Beispiel wieder einmal trefflich den Satz: Ohne Sozialdemokratie kein Sozialreform!

Rußland.

Das franke Rußland. Der Zar ist krank. Wie aus Petersburg berichtet wird, zirkulieren dort ernste Gerüchte über den Gesundheitszustand des Zaren. Er habe seit drei Tagen, nachdem ihm der ganze Umfang der Niederlage seiner Armee bekannt geworden, jeglichen Empfang abgelehnt. — Der Zar ist krank, fränkter aber ist Rußland, das sich in den Fieberdelirien der Revolution windet. Jeder Tag bringt Nachrichten von Ausständen, Exzessen, Greuelthaten aller Art, die den unumwandellichen Gemüthsstern, daß der ganze Organismus des zaristischen Staatswesens in der Auflösung begriffen ist, und daß der Verfallungsprozess mit unheimlicher Konsequenz fortgeschritten.

Der neue Minister des Innern Buligin hat dem Petersburger Korrespondenten der „Daily Chronicle“ sein Programm zugehen lassen. Nach demselben hält der neue Minister es für notwendig, daß die Autokratie als Fundament Rußlands erhalten bleibe. Mit anderen Worten: Es bleibt alles beim Alten, bis die Revolution das Neue schafft. — Wie sicher sich der Zar vor seiner engen Umgebung fühlen kann, geht daraus hervor, daß nach einer Petersburger Meldung der „Post“ der älteste Kaiserpage, der durch Kameraden wegen feindlicher Gesinnung angezeigt worden war, auf Veranlassung des Großfürsten Konstantin für geistlich-krank erklärt wurde. Die Untersuchung förderte am Sonnabend einen belästigenden Briefwechsel, sozialistische Schriften und chemische Präparate zu Tage. Daß der Page wirklich geistkrank ist, glaubt wohl selbst Großfürst Konstantin nicht. — Die Persönlichkeit des bei der Bombenexplosion im Hotel Bristol in Petersburg umgekommenen Unbekannten ist als die eines Russen Raumann aus dem Südwestgebiet festgestellt. Raumann war Mitglied der „Kampferorganisation“. — In der Nacht zum Mittwoch ereignete sich auf dem Theaterplatz in Moskau eine starke Explosion; mehrere Personen, wovon eine verwundet wurde, wurden verhaftet. — Im Kreise Dwinak plünderen und gefördern, durch Arbeitslosigkeit zur Verzweiflung gebracht, Bauern am 3. und 4. März eine Reihe von Morden. — Der offizielle Warschauer „Dziennik“ teilt mit: 19 Reservisten der 16. Artilleriebrigade, die im Grobner Gouvernement tätigen Widerstand gegen die Mobilisierung leisteten, wurden vom Kriegsgericht am 10. März abgeurteilt, und zwar wurden 5 Soldaten zum Tode, 4 zu lebenslänglicher Zwangsarbeit, 8 zu langjähriger bis zu zwanzigjähriger Zwangsarbeit verurteilt. 2 wurden freigesprochen. Am 13. März wurde an den fünf zum Tode Verurteilten das Urteil vollstreckt. Und mit solchen blutigen Mitteln will man die Revolution bekämpfen! — Eine sensationelle Meldung bringt die Petersburger „Nowosti“. Sie kündigt den Generalstreik auf der sibirischen Bahn an. Es würde niemand überraschen, heißt es in dem Artikel, wenn in diesen Tagen aus Sibirien die Meldung kommt, daß die Arbeiter und das Personal der sibirischen Bahn in den Ausständen eingetreten sind. Gerüchte über eine solche Eventualität sind schon lange im Umlauf; die letzten Nachrichten lauten jedoch sehr bestimmt und ernst. Bricht dieser Ausstand in der Tat aus, so ist Karpatien aller Nachschub aus Europa, aller Munition, und Proviantlieferungen beraubt. Er wäre dann gezwungen, mit der Ueberreste seiner Armee zu kapitulieren. Eine Abreise der Tausende von Kilometern langen Bagalagen mit Arbeitswilligen ist zunächst unmöglich.

Belgien.

Die Kolonialgrenel am Ronge werden durch die zum Zweck der Untersuchung eingesetzte Kommission in ihrer grauenhaften Bestialität nach und nach enthüllt. Da ist, um nur ein Beispiel herauszugreifen, ein Beamter Rogy, der nach der Auslage des Missionars Beck's 23 wehr- und waffenlose Eingeborene — darunter 12 Frauen — abgelebten ließ, weil ihr Dorf nicht imstande war, die ihm auferlegten Lebensmittel zu liefern! — Dem Saternationalismus des

Militarismus glibert sich als jüngerer Bruder der Internationalismus des Tropenollers in entsetzlicher Bluts-Verwandtschaft an.

Deutscher Reichstag.

Original-Beicht des „Lübecker Volksboie“

Berlin, den 15. März 1905.

164. Sitzung. Nachmittags 1 Uhr.

Am Bundesratsstisch: Reichskanzler Graf Bülow, Graf Posadowsky, Frhr. v. Richthofen, Nieberding.

Auf der Tagesordnung steht die zweite Beratung des Reichskanzleretats.

Hierzu liegen folgende Resolutionen vor: 1) vom Zentrum: 1) eine Resolution auf eine Vertretung Elsaß-Lothringens im Bundesrat; 2) eine Resolution betr. Vorlegung einer tabellarischen Uebersicht der Bundesratsentscheidungen zu den Reichstagsbeschlüssen inkl. Revisionsentscheidungen und Resolutionen. II) von den Sozialdemokraten 1) eine Resolution betr. eine wirksame politische und budgetrechtliche Verantwortung des Reichskanzlers; 2) eine Resolution auf sofortige Kündigung des preussischen und bayerischen Auslieferungstraitates mit Rußland; 3) auf reichsgesetzliche Aufhebung der landesgesetzlichen polizeilichen Aufenthaltlichkeitsbeschränkungen und auf Erleichterung der Erwerbung der Staatsangehörigkeit durch Angehörige eines Bundesstaates; 4) auf Sicherung der Aufenthaltlichkeitsverhältnisse der Ausländer im deutschen Reich. III) von den Polen: eine Resolution betr. den letzterwähnten Gegenstand.

Dr. Spahn (Z.) befragt die Zentrumsresolution auf Anerkennung Elsaß-Lothringens als Bundesmitglied und Vertretung desselben im Bundesrat. Die Elsaß-Lothringer betrachten ihre Nichtvertretung beim Bundesrat als Mißtrauensvotum. Ich bitte den Reichskanzler diese Frage in dringende Erwägung zu ziehen. (Beifall i. Zentr. u. links.)

Reichskanzler Graf Bülow erklart die Loyalität der Elsaß-Lothringischen Bevölkerung an. Die Vertretung des Reichslandes im Bundesrat ist aber außerordentlich schwierig, da man die Wahl der Bundesvollständigen weder dem Landesauschuss, noch dem Kaiser übertragen kann, denn im letzteren Falle würde eine unbillige Vermehrung der preussischen Bundesratsstimmen die Folge sein. Näheres Eingehen auf die Ausführung des Dr. Spahn ist nicht möglich, bevor nicht alle einschlägigen Fragen im Bundesrat durchberaten sind.

v. Böttmer (SD.) fragt den Reichskanzler nach seiner Stellung zu der Japansituation deutscher Handelsschiffe für Zwecke der russischen Kriegsmarine. Die Auslieferungstraitate zwischen Preußen und Rußland und Bayern und Rußland schlagen allen bisherigen bürgerlichen Grundgesetzen ins Gesicht. (Sehr wahr! links.) Sogar die wörtliche Verleumdung des Herrschers wird den gemeinen Verbrechern gleichgestellt und läßt eine Auslieferung zu. (Hört! hört! h. d. Soz.) Der Reichskanzler wird es nicht wagen, wie 1855 der Minister von Crailsheim im bayerischen Landtage, zu behaupten, daß der russische Strafgesetzbuch so ziemlich auf der Höhe der modernen Rechtswissenschaft und Strafrechtspflege stehe. (Hört! hört! links.) In der Tat ist die russische Rechtslage nur ein glänzender Anstrich, bestimmt, die nackte Barbarei zu verhüllen. Strafdemonstrationen werden als Majestätsbeleidigung behandelt, die Urteile können auf abnormem Wege geändert werden, die Richter sind ohne weiteres absetzbar, und der Justizminister kann für jeden einzelnen Fall ein besonderes Prozedere vorschreiben. (Hört! hört! links.) Kuffhappige Bauern, religiöse Sekierer, unzufriedene Studenten werden verurteilt, unter Militärgeleit oder auch eingekerkert. Kurzum, es fehlen in Rußland alle Voraussetzungen eines geordneten Rechtswesens nach unsern Begriffen, es fehlt jede prinzipielle Trennung zwischen Justiz und Verwaltung und zwischen Gesetz und Verordnung. (Beif. Zustimmung h. d. Soz.) Der Bismarckige Briefwechsel aus dem Jahre 1850 mit dem Gesandten von Schweden beweist, daß Bismarck damals schon der Überzeugung war, daß die Verhältnisse in Rußland sich so weiter gehen könnten. Der aber in Rußland heutzutage eine Veränderung der Verfassung ankündigt, macht sich eines politischen Delictes schuldig. Einer solchen Regierung gegenüber können Kulturstaaten nicht mißtrauisch genug sein. Die deutsche Regierung fürchtete sich denn auch im Jahre 1850 vor der Debatte im Reichstage und zog den Vertrag zurück. Statt dessen kam der preussisch-russische und bayrisch-russische Vertrag zustande. In den Memoiren wurde hauptsächlich der Kampf gegen den Anarchismus angegeben. Aber die deutsche Regierung war jedenfalls ganz gut, daß in Rußland überhaupt jedwede Opposition Anarchismus heißt. Der Hauptgrund der deutschen Regierung muß also ein anderer sein. In jeder Zeile des Vertrages, wie in den Schlußworten, die der Reichskanzler uns im vorigen Jahre vom Fürsten Bismarck vorgelesen hat, wird die Konvention betont, ganz Besetzung, freundschaftliche Beziehungen mit Rußland zu erhalten. Seit Reichskanzler einige Jahre nach 1870 sich Rußland zu nähern begann, hat Rußland mit gewohnter Rücksichtslosigkeit politische und wirtschaftliche Vorteile aus der Freundschaft zwischen Preußen und Deutschland zu ziehen gesucht. Ueber diesen Behauptung um die Güter Rußlands enthalten die jüngst erschienenen Erinnerungen des spanischen militärischen Ministerpräsidenten Grafen von Maura sehr interessante Mitteilungen. Im Jahre 1874 griff der Reichskanzler Fürst Bismarck, daß der Zar Wilhelm den Grenzen zu der eines deutschen Kaisers fast unerbittlichen Schritt nach Alexandrowa genähert habe. (Hört! hört! bei den Soz.) Das sind Worte Bismarcks. Gedruckt im Jahre 1883 kam es hervor, daß Bismarck erklärte, es sei eine Frage der Unabhängigkeit und Selbstbestimmung des Reiches, die Annäherungen Rußlands zurückzuweisen. Sei der Kaiser damit nicht einverstanden, so werde er sein Amt niederlegen. Aber an seine Stelle habe nur ein dem Zar gegenüber ständiger Mann treten. (Hört! h. d. Soz.) Damals lag die deutsche Diplomatie mit dem Argument zu wachen, daß die Differenz zwischen Deutschland und Rußland kein sei gegenüber der Differenz zwischen der Annäherung und der Republik der Vereinigten Staaten. Die russische Regierung hat natürlich bald gemerkt, welche wichtige Rolle für ihre internationalen Beziehungen die deutsche Regierung ihr damit spielen lassen. Schließlich hat sich im Jahre 1885 Deutschland die Freundschaft Rußlands durch den Abschluß des preussisch-russischen Auslieferungstraitates erkauft. Es hat ein anderes Land den Schwere eines demütigenden Vertrages auf sich geladen. (Sehr wahr! h. d. Soz.) Jetzt, wo das russische System noch immer seine ganze Dynamik nach außen seine Hebelkraft zeigt, wo selbst China ihre Hände nach Rußland hat, wie es uns anbietet, daß auch Deutschland die notwendigen Schritte abzuwarten. (Beif. bei den Soz.) Ganz möglich man denke, daß noch weitgehendere Schritte abzuwarten. Den Vorwurf gegen uns, als

ob wir einen Krieg mit Rußland wollten, wird der Herr Reichskanzler heute wohl nicht wiederholen. Wir haben in unserer Resolution die Frage der Kompetenz zum Abschluß von Verträgen garnicht berührt, wir wollen nur, daß diese Verträge, die ich wohl hinreichend charakterisiert habe, überhaupt fallen und durch Abmachungen ersetzt werden, die politische Delikte durch weiteres ausnehmen. Nach der bisherigen Stellung der Parteien hoffen wir, daß unsere Resolution eine große Mehrheit finden wird. (Beif. Beifall h. d. Soz.)

Reichskanzler Graf Bülow: Die große Mehrheit des Hauses wird mit mir der Ansicht sein, daß mein großer Vorgänger Fürst Bismarck über der von dem Vorredner geübten Kritik steht. Fürst Bismarck hat sich eine Stellung in der deutschen Geschichte geschaffen, gegen welche der Abg. v. Böttmer vergeblich Sturm läuft. (Bravo! rechts. Lachen h. d. Soz.) Herr v. Böttmer sprach von der Erschütterung des russischen Prestiges, aber er wird zugeben müssen, daß die französische Republik und die französische Demokratie die Allianz mit Rußland noch immer in der sorgsamsten Weise pflegt. Auch die englischen Liberalen wünschen lebhaft gute Beziehungen zwischen England und Rußland. Die einsichtigen Leute sind eben der Ansicht, daß die russische Großmachtstellung die Wechselfälle des gegenwärtigen Krieges und die Schwierigkeiten der inneren Unruhen überdauern wird. (Mufe h. d. Soz.: Na! na!) Ich behauere noch heute der Ansicht sein zu müssen, daß die Sozialdemokratie einen Konflikt zwischen Deutschland und Rußland sehr gern gehen würde, um an diesem Brande ihren Parteivort zu löschen. (Sehr richtig! rechts. Lachen h. d. Soz.) Redner verliest einen Artikel aus der „Schwab. Tagblatt“ indem es heißt, hätte die deutsche Arbeiterpartei ihren Einfluß auf den Kaiser, den sie anstrebt, so würde morgen eine bewaffnete Heeresmacht über die Grenzen schreiten um den russischen Brüdern Beistand zu bringen. (Beif. Hört! hört! rechts.) Ich kann nur wiederholen, daß wir nicht von Rußland abhängig sind, daß wir Rußland nicht nachlaufen, daß wir aber auch keinen Anlaß haben, uns Rußland unangenehm zu machen, wie dies manche Leute wünschen möchten. Während des ganzen Verlaufes des ostasiatischen Krieges — um auf die deutschen Schiffverkäufe an die kriegführenden Parteien zu kommen — haben die kriegführenden Parteien, beide, zahlreiche Handelschiffe aus ausländischem Privatbesitz käuflich erworben. Das ist nach feststehendem Völkerrecht neutralen privaten Personen nicht verwehrt. Beide Regierungen, die russische wie die japanische, mußten ganz genau, daß sie sich auf unsere strikte und loyale Neutralität verlassen können. — Redner verliest eine Depesche des deutschen Gesandten in Tokio. Die japanische Regierung weiß, daß gegen uns Intriguen spielen; mer die Leute sind, die Japan einreden wollten, daß wir nicht eine ganz unabhängige und neutrale Haltung einnehmen, das weiß ich nicht, aber vielleicht Herr v. Böttmer. (Heiterkeit rechts.) Ebenso weiß die russische Regierung ganz genau, daß wir die jetzigen Schwierigkeiten Rußlands nicht benutzen werden, um uns Rußland irgendwie unangenehm zu machen. Wir werden uns nicht in einen Gegensatz zu Rußland bringen lassen, für den kein reales deutsches Interesse vorhanden ist. (Bravo! rechts.)

Staatssekretär des Auswärtigen Frhr. v. Richthofen erklart, daß sich der preussische und der bayrische Auslieferungstraitat trefflich bewährt hätte. (Schallendes Gelächter links.) Sie (nach links) sollten sich doch freuen, da Sie doch die russische Justiz so schlecht machen, daß Preußen und Bayern, die etwa nach Rußland flüchten, nicht nach russischen Gesetzen abgeurteilt werden können. (Schallendes Gelächter links.) (Aber) an ihre Heimatsstaaten ausgeliefert werden müssen. Noch nicht ein einziges Mal haben die Verträge zur Auslieferung politischer Verbreiter geführt. (Hört! hört! rechts.) Der größte Teil des Volkes hält die Verträge für einen Segen. (Bräufend. Gelächter links.)

Dr. Müller-Meinungen (SD.) regt eine neue Vereinbarung mit Amerika zum Schutze des literarischen und künstlerischen Urheberrechts an. Das Abkommen vom 15. Januar 1892 bedeutet direkt die Auslieferung des deutschen literarischen und künstlerischen Eigentums an die Amerikaner. (Sehr richtig! links.) Redner führt mehrere Beispiele für den literarischen Raub an, der in Amerika getrieben wird. Redner geht alsdann zur Besprechung der deutsch-russischen Beziehungen über und bringt zwei ursprüngliche von der polnischen Presse gebrauchte Fälle zur Sprache. Die Fälle sind so ungeschicklich, daß es ausgeschlossen erscheint, daß sie wahr sind. Erstens soll nämlich ein deutscher Arbeiter, der Verlobte eines deutschen Dienstmädchens aus Plesch-Polen, mit seiner Braut über die Grenze gegangen sein, um die Passiere zu besorgen, dort aber von Kosaken festgenommen, gefesselt und nach der Wandschurik geschickt worden sein. (Hört! hört! links.) Zweitens sollen drei deutsche Familien, die früher in Rußland ansässig waren, jetzt aber wieder in Deutschland wohnen, bei einem Besuche bei russischen Verwandten gefangen genommen und ihre männlichen Mitglieder ebenfalls nach der Wandschurik geschickt worden sein. Wir erkennen durchaus die loyale Neutralität unserer Regierung gegenüber den kriegführenden Mächten in Ostasien an. Wir wollen Frieden mit dem russischen Volke und, wenn möglich, auch mit der russischen Regierung, aber wir wollen auch vollkommene Neutralität gegenüber dem inneren Feinde in Rußland. Und diese Neutralität verletzen unsere Auslieferungstraitate. (Sehr wahr! links.) Ich habe schon im vorigen Jahre darauf hingewiesen, daß das schimmliche nicht die Auslieferung, sondern die Vergeltung von Auslieferung und Ausweisung ist. (Sehr richtig! h. d. Soz.) Ich habe die Bismarckige Auslieferungstraitate, über die Graf Bülow so innige Freude zu empfinden scheint, ebenfalls schon im vorigen Jahre als rückwärtig verurteilt. Die Auslieferungspolitik Bismarcks ist um mindestens zwanzig Jahre älter, als die Bemühungen Frankreichs um Rußlands Gunst. Ich erinnere nur an die Hebe Waldes im Jahre 1864. Nur das Gummiprinzip, die Vergeltung, alle die Berge gehen einzeln aufzusuchen, dergleichen Auslieferung erfolgen darf, kann der bedeutendsten Bewandlung von Macht- und Rechtsfragen in der jetzigen Auslieferungstraitate ein Ende bereiten. Ich bitte den Reichskanzler, möglichst bald diese Auslieferungstraitate zu kündigen, die das politische Anrecht in einer für Deutschland unwürdigen Weise verletzen. (Beif. Beifall links.)

Staatssekretär Graf Posadowsky erklart, daß bei den Handelsvertragsverhandlungen mit Amerika auch der erhöhte Schutz literarischer und künstlerischer Erzeugnisse angebracht werden solle, und bittet bei diesen Werken um die publizistische und parlamentarische Unterstützung des Abg. Dr. Müller-Meinungen. (Heiterkeit.)

Limburg-Sürum (R.) verlangt Zurückhaltung der Auslieferungstraitate mit Rußland, selbst wenn sich die Mitglieder des Reichstages dagegen erklären sollte. (Bravo! rechts.)

Graf Reventlow (R.) begrüßt die Handlung in der Reichstagspolitik des Reiches, bellagt sich über den Bericht Marcks und über die Unfreundlichkeit Englands

in Südwestafrika. In der Innsbrucker Affäre hätte sich die Regierung über den Ausbruch des nationalen Empfindens freuen sollen. Die Freundschaft der österreichischen Regierung ist doch nicht so viel wert. Redner verlangt ferner unter wiederholter stürmischer Heiterkeit teils auf der Linken, teils im ganzen Hause, die Ausrottung einer etwa entstehenden schwarz-weißen Mischrasse und die Bestrafung jeder geschlechtlichen Vermischung Weißer und Schwarzer. Auch mit mongolischen Offizieren sollten unsere deutschen Offiziere nicht zum kameradschaftlichen Verkehr genötigt werden. (Zuruf links: pour le mérite!) Es ist unerhört, daß ein hoher Reichsbeamter in die mongolische Rasse hineingeheiratet hat, ohne seine Posten zu verlieren. (Zuruf bei den Soz.: pour le mérite! pour le mérite!) Redner beschwert sich weiter über die internationalen Sportveranstaltungen und darüber, daß die Minister gleich zu mehreren jedem sozialdemokratischen Redner antworten, das erhöht nur deren Selbstgefühl. Und in sozialdemokratischen Kreisen singt man:

Wenn unser August Bebel spricht, Dann zitiert die Minister! (Heiterkeit.) Der Reichskanzler sollte durch eine noch entschiedenere agrarische Politik die Sozialdemokratie bekämpfen. (Beifall rechts, links. Heiterkeit links.) Reichskanzler Graf Bülow: Damit Graf Reventlow einsteht, daß ich nicht nur den Herren Sozialdemokraten antworte, will ich auch ihnen antworten. (Stürmische Heiterkeit im ganzen Hause, namentlich links.) Die Mahnung, daß wir uns nicht in die inneren Verhältnisse fremder Staaten einzumischen haben, gilt auch den Grafen Reventlow und nicht nur für die äußerste Linke. (Beif. Beifall bei der äußersten Linken.) Sie gilt auch für unsere Studenten, jeder kehre vor seiner eigenen Tür. (Zuruf h. d. Polen: Auch die Herren von Rheinbaben!) Die Verlobung eines jungen deutschen Staatsmannes mit einer Japanerin bietet keinen Angriffspunkt. Auf weitere Beschwerden des Vorredners wird der Staatssekretär von Richthofen antworten; ich selbst behalte mir vor, auf die maroffanische Angelegenheit zurückzukommen.

Graf von Brudzewo = Mielczycki (Polen) begründet die Resolution seiner Fraktion auf Vorlegung eines Gesetzesentwurfes über die Regelung des Aufenthaltes der Ausländer im deutschen Reich. Redner, dessen Ausführungen auf der Tribüne zum Teil unverständlich bleiben, bringt eine Reihe von Einzelfällen vor, und greift alsdann das preussische Anstellungsgesetz an, das er als das beste Negationsmittel für die Sozialdemokratie bezeichnet. (Sehr wahr! bei den Polen.)

Staatssekretär des Auswärtigen Frhr. v. Richthofen verweist den Vorredner an den preussischen Landtag. (Schallendes Gelächter links.) Jessen (Däne) klagt über die Ausweisungspraxis in Schleswig.

Dr. Spahn (Z.) macht darauf aufmerksam, daß Windhorst den Standpunkt vertreten habe, daß der Reichstag als erste Körperschaft des Reiches sich nicht das Recht nehmen lassen dürfe, zur Behandlung von Ausländern Stellung zu nehmen. (Sehr richtig! links und im Zentr.) Unser Wunsch, gute Beziehungen zu Rußland zu haben, schließt nicht aus, daß wir mit Rußland denselben Auslieferungstraitat haben, wie mit den anderen Kulturstaaten. In einschlägigen Kaufmannskreisen wird es als sehr vernünftig bezeichnet, daß wir uns nicht in das englich-französische Marokkoabkommen eingemischt haben. (Beifall im Zentrum.)

v. Chranowski (Polen) führt weitere Fälle von willkürlichen Ausweisungen und Auslieferungen nach und nach an Rußland an. Das Ziel der deutschen Liebesdienste ist die Vernichtung der polnischen Nation. Die Konservativen und die preussische Regierung haben ganz vergessen, daß es auch Zeiten gab, in denen Preußen darniederlag und schwelgen in Machtgefühl und Herren-Moral. Unsere kleine Fraktion wird nicht müde werden, dafür zu wirken, daß endlich das Fremdenrecht in Deutschland so geregelt wird, wie in anderen Kulturstaaten! (Beif. Beifall h. d. Polen u. h. d. Soz.)

Staatssekretär Graf Posadowsky polemisiert gegen die Ausführungen der dänischen und polnischen Redner. Das preussische Anstellungsgesetz steht nicht im Widerspruch zu dem Art. 3 der Reichsverfassung, nach welchem jeder Reichsangehörige Grund und Boden in jedem Bundesstaat zu erwerben, das Recht hat. Die Begründung einer neuen Ansiedlung ist eben etwas anderes. (Widerpruch und Lachen h. d. Polen u. links.) Ich halte es für vollständig ausgeschlossen, daß es zu einer reichsgesetzlichen Regelung des Fremdenwesens kommt, denn dies Gebiet unterliegt der Souveränität der Einzelstaaten, die sich dies wichtige Hoheitsrecht sicher nicht nehmen lassen. Kein Staat kann sich das Recht rauben lassen, die Ausländer, die doch immer Gäste bleiben gelegentlich auszuweisen. (Zurufe h. d. Soz.: Belgien, England, Amerika!) Ja dort liegen die Verhältnisse ganz anders. (Weif. rechts.)

Gröber (Z.) beklagt, daß wenig Aussicht auf ein Reichsfremdenrecht besteht. Das preussische Anstellungsgesetz stellt untraglich einen Teil der Reichsangehörigen außerhalb des gemeinen Rechts. (Sehr wahr! links u. i. Zentr.) Redner begründet alsdann die Resolution seiner Fraktion auf jährliche Vorlage einer tabellarischen Uebersicht über die Bundesratsentscheidungen zu den Reichstagsbeschlüssen.

Hierauf verlegt das Haus die Weiterberatung auf Donnerstag 1 Uhr. Schluß 5 1/2 Uhr.

England und Japan.

Zuverlässige Nachrichten liegen heute vom Kriegsschauplatz nicht vor. Wenn eine russische Meldung zutrifft, dann hat Rurapatkin am Dienstag einen blutigen Angriff der Japaner gegen das russische Zentrum am Fanko abgeschlagen; mehr als 1000 Soldaten sollen vor den russischen Stellungen liegen.

Trifft diese Nachricht zu, dann müssen die Russen sich kurz vor Tieling bereits wieder gesammelt haben, denn der Fanko ist ein in der Nähe Tielings befindlicher Fluß. Dazu dürfte aber auch die Vermutung zutreffen, daß es in Bälde bei Tieling zu einer neuen, großen Schlacht — vielleicht sogar zur Entscheidungsschlacht — kommt. Die Japaner befinden sich nämlich nur noch 6 Kilometer südlich von Tieling. Gerücheweise verlautet, daß die Japaner eine neue Umgehung beabsichtigen.

Das Hauptverdienst an dem Siege bei Mukden wird Rogi zugeschrieben. Die Russen suchen jetzt ihre Niederlage dadurch zu entschuldigen, daß sie behaupten, die Zahl der Japaner in der Wandschurik übersteige die der Russen um 75000.

Das Pariser „Journal“ erhielt von seinem Kriegskorrespondenten Raudeau aus Nishinagawa die telegraphische Mitteilung, daß er bei Mukden

in die Gefangenschaft der Japaner geraten sei. Er werde mit großer Rücksicht behandelt und hofft, bald freigelassen zu werden.

Ueber die Schreckensszenen auf der Flucht der Russen werden erschütternde Einzelheiten gemeldet. Wie verschiedene Kriegskorrespondenten melden, waren die Russen durch langes Fasten schon am Anfang des Rückzuges derartig erschöpft, daß sie nicht imstande waren, ordnungsgemäß zu marschieren. Die russische Armee hatte sich in eine Klotz vor Angst halb Wahnsinniger verwandelt, die nur den einen Gedanken hatten, sich zu retten. In den ersten Stunden des Rückzuges fielen bereits viele Russen vor Schwäche hin, Tausende warfen ihre Gewehre fort, um leichter entkommen zu können. Diejenigen, die vor Müdigkeit hinstürzten, wurden von ihren Kameraden, die weiter liefen, liegen gelassen. Als es dunkel wurde, ging es den Flüchtenden noch schlimmer. Sie stolperten über die großen Steine auf dem Landwege sowie über alle möglichen Gegenstände, welche der vordere Teil der Armee weggeworfen hatte. Herzzerrend war das Stöhnen der erschöpften Soldaten. Als die Japaner bei Münden vorbeikamen, gingen sie an vielen Stellen über große Haufen von russischen Leichen. Zwischen den Toten lagen auch viele Verwundete, welche die Russen in ihrer Eile übersehen hatten. Diese wurden von den Japanern in die Feldspitäler transportiert.

Der russische Ministerrat soll die Fortführung des Gesetzes beschließen haben. Wünschenswert wäre es schon, die Durchführung des Beschlusses aber ist eine andere Sache.

Die Verhandlungen über eine neue russische Anleihe auf dem französischen Geldmarkt sind gescheitert. Es scheiterte schon seit mehreren Wochen Verhandlungen zwischen einem Pariser Bankensyndikat und dem russischen Finanzministerium über eine neue russische Anleihe in Paris, und zwar in der Höhe von 800 bis 1200 Mill. Franks. Durch diese Verhandlung hat die Niederlage der russischen Devisenmacht bei Münden einen dicken Strich gemacht; denn die Pariser Bankiers wollen unter den neuen Umständen nichts mehr von einer Emission wissen, wenigstens nicht für die nächste Zeit. — Da ja russische Verluste auch deutliche Verluste sind, so wird jetzt wohl die deutsche Hofbank ein-springen. Oder mag auch sie nicht?

Die Japaner beschäftigen sich jetzt auch mit Wladivostok. Ein Petersburger Telegramm der „Times“ meldet, daß sich eine größere japanische Truppenmacht, bestehend aus Infanterie und Artillerie, Wladivostok näherte. Wie es heißt, soll die Einschließung und Belagerung des Platzes unmittelbar bevorstehen.

Die „Times“ melden aus Tokio vom 13. d. M., daß in Seoul eine Verschwörung entdeckt ist, um den Kaiser zu veranlassen, sich von der japanischen Konvention frei zu machen und in einer fremden Gefangenschaft zu suchen. Die Verschwörer seien verhaftet. Zu ihrem Plan gehörte es auch, den japanischen General Hasegawa zu ermorden.

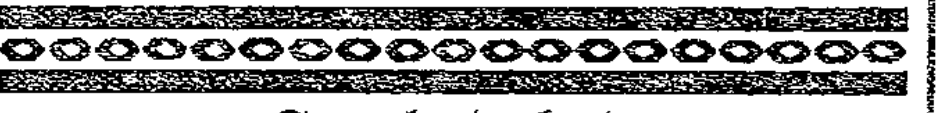
Nach englischen Nachrichten sind vier japanische Kreuzer vor Singapore angekommen.

Markt festgesetzt. — Um eine ungehinderte Entwicklung des Verkehrs sicher zu stellen, hat der Senat für den Bahnvorplatz eine Breite von 45 m, für die Zufahrtstraßen über den Lindenplatz und von der Fadenburger Allee her eine solche von 25 m und für die Verbindung nach der Straße „Beim Rehtich“, eine Breite von 20 m für ange-messen erachtet. Zur Durchführung dieser Verbreiterungen sind nicht unbeträchtliche Ar-beitsleistungen erforderlich. Außerdem vernotwendigt sich die Verlegung des im § 4 Biffer 8 des Vertrages vom 1. Mai 1901 erwähnten Verwaltungsgebäudes der Lübeck-Büchener Eisenbahngesellschaft. Sie ist nur möglich, wenn Teile des Grundstücks Lindenplatz 9 hierfür mit in Anspruch genommen werden. Deshalb beantragte der Senat, Verträge über den Erwerb von Teilen des Grundstücks Lindenplatz 9, sowie dem Vertrag zwischen dem Eisenbahnkommissariat und der Direktion der Lübeck-Büchener Eisenbahngesellschaft die vorbehaltenen Genehmigungen erteilt werde, und daß die nach dem letztgenannten Vertrag der Lübeck-Büchener Eisenbahngesellschaft zu zahlende Summe von 160 000 Mk. nebst den entstehenden Kosten auf An-leihemittel des Staates angewiesen werde. Der Bürger-ausschuß stimmte dem Senatsantrag mit einer von Mund beantragten Abänderung zu. Ferner erteilte der Bürger-ausschuß seine Mitgenehmigung einem Senatsantrage, der besagt, daß das Polizeiamt mit der Durchführung der Baumanpflanzung auf der Landstraße-strecke Werkenhain-Rastorf beauftragt, und daß ihm dazu vom Finanzdepartement die erforderlichen Baum-pfähle und aus Art. XII der Ausgaben des Staats-budgets für 1905 die Summe von 300 Mk., soweit erforder-lich und Rechnungsablage vorbehalten, zur Verfügung ge-stellt werden. — Zur Verhandlung der mit den weiteren Punkten der Tagesordnung der vorgedrucktten Zeit wegen unerledigt gebliebenen Gesetzentwürfe, betreffend Ab-änderung des Bürger-schafts-Wahlrechts, wurde beschloffen, eine außerordentliche Sitzung am mor-gigen Donnerstag, den 16. d. Mts., vormittags 11 Uhr abzuhalten.

Der Lotterievertrag mit Preußen im Abgeordneten-hause. Mit dem Etat der preussischen Lotterieverwaltung verbunden wurde die Beratung der mit den beiden Meck-lenburg und Lübeck abgeschlossenen Staatsverträge, wo-nach zwischen Preußen und diesen drei Bundesstaaten eine Lotteriegemeinschaft gebildet wird. Nach einer humor-vollen, vom ganzen Hause mit Beifall aufgenommenen Rede des preussischen Abg. Träger, und kurzen Be-merkungen der Abgg. Kail (M.) und Kirsch (Z.) wurde den Verträgen zugestimmt und der Etat be-willigt.

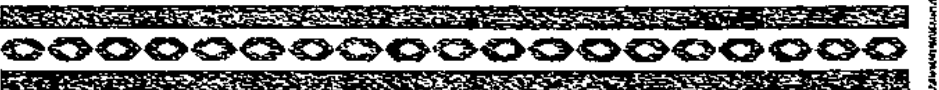
Zu dem Mordverbrechen, von dem wir gestern kurz be-richteten, wird noch gemeldet, daß die Frau D., welche dem Trunke stark ergeben ist, den Versuch, ihren 1 1/2 Jahr-alten Knaben zu töten, an demselben Tage zweimal ge-macht hat. Einmal wurde ihr Mann durch das Wimmern des Kindes auf die Tat aufmerksam, so daß er das Schlimmste verhüten konnte; am Abend desselben Tages versuchte das rohe Weib, das ahnungslose Kind mit einem Strich zu erwürgen; in der Nähe weinende Kinder riefen schnell den Vater herbei, welcher eben noch zu rechter Zeit kam, um den Mord zu verhindern. Die unnatürliche Mutter wurde sodann dem Marterstall zugeführt.

Eine Versammlung der Bürger-schaft findet am Mon-tag, den 20. März 1905, morgens 10 Uhr, im Bürger-schafts-saale statt. Die Tagesordnung lautet: 1. Mitteilungen des Senats. 2. Anträge des Senats: 1. Ergänzungswahlen zur Bürger-schaft im Jahre 1905. 2. Vorantrag der Ver-waltungsbehörde für nächtliche Gemeindefestlichkeiten für das Rechnungsjahr 1905. 3. Generalbudget der öffentlichen Wohltätigkeitsanstalten für das Rechnungsjahr 1905. 4. Staatsbudget für das Rechnungsjahr 1905.



Sonnabendabend März-Feier im „Vereinshaus“.

Referent: Reichstagsabgeordneter Stücklen.
Genossen und Genossinnen erscheint zahlreich!



Achtung, Musikliebhaber! Ueber den Flußschiffahrts-Vertrieb von H. Drems ist wegen Lohnbifferenzen die Sperre verhängt. Zutug ist fernzukaufen.

Die Lohnkommission der Flußschiffer.
Stadt-Theater. Aus dem Theaterbureau schreibt man: Für Freitag ist eine Wiederholung der Operette „Der Kaselbinder“ ange-setzt. Sonnabend geht als Schil-ler-Gedächtnisfeier der Literarischen Gesellschaft Lübecker Lesabend von 1890 „Wallensteins Tod“ in Szene, vorher spricht Herr Direktor Franz Gottschaid einen von ihm selbst verfaßten Prolog. Diese Vorstellung ist nicht nur für die literarische Gesellschaft, sondern es hat Jedermann Zutritt.

Handelsregister. Am 15. März 1905 ist eingetragen: 1. bei der Firma Jvar Chr. Lassen in Lübeck: Der Kaufmann Chr. W. Lassen in Altona ist in das Ge-schäft als persönlich haftender Gesellschafter eingetreten. Die Gesellschaft ist eine offene Handelsgesellschaft und hat am 14. März 1905 begonnen. 2. die Firma Otto Bähnt in Lübeck: Inhaber: F. D. Bähnt, Kaufmann in Lübeck; 3. bei der Firma Christoph Farms in Lübeck: Die Firma ist erloschen.

pb Feuer. In der Nacht vom 14. zum 15. d. Mts. entstand auf dem Boden eines an der Werderstraße be-legenden Neubaus ein Schadenfeuer, das durch die herbei-geeilte Feuerwehr bald gelöscht werden konnte. Der ent-standene Schaden ist nicht unbedeutend, zumal die am Bau beschäftigten Tischler und Zimmerleute einen großen Teil ihres Handwerkszeuges einbüßten. Die Entstehungs-ursache ist nicht ermittelt. Ausgeschlossen ist nicht, daß das Feuer durch Selbstentzündung von mit Del getränkten Buchklappen verursacht ist.

pb Leichenfund. Am 15. d. Mts., nachmittags gegen 4 Uhr, wurde die Leiche eines fremden Arbeiters aus der Trave gefunden, die anscheinend schon längere Zeit im Wasser gelegen hatte. Es dürfte ein Unglücksfall oder Selbstmord vorliegen.

Entsch. Der Gemeinderat genehmigte die von dem Magistrat mit der Regierung beantragte der Landwirt-schaftskammer bezüglich der Landwirtschaftlichen Winter-schule abgeschlossenen Verträge. Für die im Jahre 1902 hier eröffnete Landwirtschaftliche Winterschule war von Seiten des Staates eine Beihilfe in Aussicht gestellt wor-den in Höhe der halben Einrichtungskosten und bis zu 1800 Mark jährlicher Beihilfe unter der Bedingung des Nachweises gleicher Gegenleistung seitens der Gemeinde. Die Feststellung der Verträge, in denen die Leistungen der beteiligten Körperschaften (Stadt, Stadt und Landwirtschafts-

kammer), deren Rechte und Pflichten festgelegt werden, hat sich bis jetzt verzögert. In dem Vertrag der Regierung ist neu, daß die Schule, welche bisher unter der Oberleitung des Generalsekretärs der Landwirtschaftskammer stand, einem Fachlehrer als Schulvorsteher unterstehen soll. An der Lübecker Chauffee beabsichtigen die Herren Steenbock und Giesler die Errichtung einer Ziegelei. Um dieser un-lieblichen Nachbarschaft zu entgehen, beantragen die An-lieger, die Chauffee in einer Länge von 300 Meter zu beiden Straßenseiten als Willengrundstücke zu bezeichnen. Der Gemeinderat beschloß, vorerst eine Ortsbesichtigung vorzunehmen.

Aus der Arbeiterbewegung der Nachbargebiete. Der Werftarbeiterstreik auf der Werft von Krämer Sohn in Elmshorn ist zugunsten der Arbeiter beendet. — In Neumünster befinden sich die Schneider in einer Lohnbewegung. Da die Firmen Stollberg, Metzger, Betschall und H. A. Böh bis jetzt noch nicht be-willigt haben, ist der Zutug streng fernzukaufen. — Zum Zustand der Flensburger Ofenschlosser. Von den sich im Auslande befindenden 20 Schlossern sind 7 verheiratet, die 22 Kinder zu versorgen haben. Die bisher gepflogenen Unterhandlungen haben noch kein Resultat ge-zeitigt, da die durch die Abwesenheit des Direktors Lange erschwert werden. Der Leiter des hiesigen Werkes hat an-sichemselben nicht genügend Vollmacht. Da die ausständigen Schlosser alle organisiert sind, ist an ein Auflösen einzelner nicht zu denken.

Kleine Chronik der Nachbargebiete. Entsch-lücker Unglücksfall. Mittwochmittag kurz in dem Hause Oststraße Nr. 12 in Altona der Tischlerleh-rer Robert Döhning infolge eines Fehltritts aus der vier-ten Etage in einen Lichtschacht; er erlitt eine schwere Kopf-verletzung, außerdem wurde ihm das linke Bein vollstän-dig zerquetscht. Sein Befinden gibt zu erster Besorg-nis Anlaß. — Ein schwerer Unglücksfall ereig-nete sich am Montag im Neubau des Generalkommandos in der Palmallee. Ein Arbeiter war in einem Garde-robenraum mit dem Kochen von Bohnerwachs beschäftigt. Plötzlich explodierte die Wanne und der Arbeiter trug schwere Brandwunden davon. Die Explosion war so stark, daß die Tür des Garderoberraumes erheblich be-schädigt und der Zugang zu dem Bergungsräumen verperzt wurde. Man mußte eine Leiter anlegen und ihn durch ein Fenster herausheben. — Ein Unglücksfall ereig-nete sich hier Dienstagmorgen in der Scheune des Alder-bürgers S. in Malchow. Die junge Frau desselben kam der Dreschmaschine zu nah, wodurch ihr der rechte Arm fortgerissen wurde. Die Schwerverletzte wurde ins Krankenhaus gebracht. — Der 61 Jahre alte Arbeiter Dr. in Nöbel, der mit dem Auslöcher der Straßenlater-nen betraut war, verlor Sonntagabend, nachdem er eine Laterne in unmittelbarer Nähe des Mönchsteiches ausge-dreht hatte, in der Dunkelheit die Richtung, er geriet in den sehr launigen Mönchsteich und ertrank.

Gütlein. Das Schwurgericht verhandelte am Dienstag gegen den Bäcker Wilhelm Bönnies zu Gütle und gegen den Arbeiter Hermann Woss zu Gütle. Dem ersteren wird zur Last gelegt, am 1. August 1903 einen ihm auferlegten Offenbarungseid wesentlich falsch ge-schworen zu haben und sich des Versuchs der Urkundenfälschung schuldig gemacht zu haben. Der Mitangeklagte Woss wird beschuldigt, dem Angeklagten Bönnies wesentlich Beistand geleistet zu haben, indem er ihm bei der Flucht behilflich war, um ihn der Straf-sung zu entziehen. Der Angeklagte Bönnies wurde zu 2 Jahren 3 Monaten Zuchthaus, unter Anrech-nung von 4 Monaten Untersuchungshaft und Aberkennung der bürgerlichen Ehrenrechte auf 3 Jahre verurteilt. Fern-er wurde er dauernd unfähig erklärt, als Zeuge oder Sachverständiger vernommen zu werden. Woss wurde freigesprochen. — Angeklagt waren am Mittwoch das 18-jährige Mädchen Auguste Grigolet aus Plam-pen und das Mädchen Bertha Spillgros aus Tilit wegen Meineids. Erstere hat am 14. November 1904 vor dem Amtsgericht in Barßim eine falsche Aussage ge-macht und versucht, eine dritte Person zu einer falschen Aussage zu verleiten. Die Grigolet befreit ihre Schuld. Das Urteil lautet gegen die Spillgros auf Frei-sprechung und gegen die Grigolet auf zwei Jahre Zuchthaus und drei Jahre Ehrverlust.

Oldenburg. Kein militärischer Arbeits-williger. Ueber den Fall der Beschäftigung eines Maschinenmeisters in Oldenburg, der beim Militär dient, als unfreiwilliger Arbeitswilliger, erfährt der „Correspon-dent für Deutschlands Buchdrucker und Schriftsetzer“, daß die Sache sich harmlos auflöst. Die betreffende Firma war am einige Tage in Verlegenheit gesetzt, weil einer ihrer Maschinenmeister acht Tage vor seinem Austritt er-krankte, der schon beschaffte Ersatz aber nicht sofort an-treten konnte. Aus diesem Grunde erbot sich ein Maschi-nenmeister derselben Firma, der zur Zeit seiner Militär-pflicht genügt, die Firma aus der Verlegenheit zu helfen. Seine Entlohnung war durchaus tarifmäßig.

Stadtheater.

„Die alte Geschichte“, ein Alltagsdrama in 4 Akten von Rohmann. Am Mittwochabend gab es einmal so etwas wie eine richtige Premiere; ein Stück, dessen Wirk-samkeit anderorts noch nicht erprobt war, ging in Lübeck erstmalig über die weltbedeutendsten Bretter. Es wird nach dem Verlauf dieser Aufführung wohl nur sehr wenige Leute geben, die ein besonderes Verlangen nach weiteren derartigen Premieren verspüren. Die Besetzung „All-tagsdrama“ ist vom Verfasser der „alten Geschichte“ aus Gründen gewählt, die wir nicht zu erkennen vermögen; wir halten sie auch nicht für sehr glücklich, denn erstens ist sein Erzeugnis kein Drama, wenigstens nicht in dem Sinne, in dem man gewöhnlich den Charakter eines solchen ver-steht, und zweitens ist diese alte Geschichte doch nicht ganz so alltäglich, wie man es nach dem Titel annehmen könnte. Die „alte Geschichte“ spielt in Döpreußen, dem Lande der „unbegrenzten Möglichkeiten“ inbezug auf Dienstboten-ausbeutung und Junkerfrechheit. Ein ziemlich verschul-deter Gutsherr und Amtsvorsteher hat einmal die Braut des Dorfschulmeisters verführt und dann verlassen; die Folge davon ist, daß der Schulmeister, nachdem er aus unbekanntem Gründen außer Stellung gekommen, Land-agator wird, und zwar anscheinend für die National-sozialen, denn er übt sich verschiedentlich in Reden, die halb radikal und halb konfus sind. Man nimmt aber am Schluß des „Alltagsdramas“ die tröstliche Gewißheit mit nach Hause, daß dieser Schulmann a. D. doch noch seine frühere Braut heimführt. Diese Braut befindet sich näm-lich den ganzen Abend auf der Bildfläche, weiß jedoch nicht recht, was sie will. Gott gedankt sie ihren Verführer zu heiraten, später wieder nicht; zuletzt hört man jedoch aus ihrem Munde den Ent-schluß, daß sie dem Schulmeister zukünftig ein wenig Glück gewähren will. Also! Dann kommt die Verführungs-geschichte Nr. 2. Derselbe Gutsherr und Amtsvorsteher, der den ersten Schweinegischrei ausgeführt hat, weiß seine bei ihm resp. ihrem Vater zu Besuch weilende 19-jährige

Südet und Nachbargebiete.

Donnerstag, den 16. März 1905.

Die „bescheidene“ Sozialdemokratie und die Wahl-rechtsvorlage betitelt sich ein im Sprechsaal des Amts-blattes abgelagerter Erguß eines angeblichen Gewerbe-treibenden. Da dieser Herr, wenn er wirklich existieren sollte, jedenfalls ein 2000 Mk. weit überliegendes Ein-tommen hat und er demzufolge zu den „guten“ er-stklassigen Bürgern gehört, so ist es nicht zu ver-wundern, daß seine Begriffe von Recht nur sehr unvollkommen ausgebildet sind. Er spricht vom „Bühnenstücken“, mit dem geküffert sei, daß wir mit 30 Mandaten nicht zufrieden sind. Im Gegenteil, wir haben gesagt, daß wir überhaupt keine Man-date „zugestanden“ haben wollen, sondern nur gleiches Recht für alle. Der Ausfall der Wahl würde dann ja zeigen, wie viele unserer Genossen gewählt werden. Weiter meint der „Gewerbetreibende“, es würde der Sozialdemokratie schwer werden, als Kandidaten die richtigen Personen zu finden. Berechneter, das lassen Sie nur getrost unsere Sorge sein. Wenn auch von Seiten des Bürgertums mit allen Chikanen gegen die Leute vorgegangen wird, die im politischen Leben offen für unsere Partei an exponierter Stelle kämpfen, so finden sich doch noch immer genug tüchtige Ge-nossen, die keine Opfer scheuen, um überall für unsere Ideen einzutreten. Wenn ferner gesagt wird, daß die meisten unserer früheren Kandidaten im politischen Leben nicht hervorgetreten sind, so wollen wir darüber nicht streiten; in unserer Bewegung sind sie jeden-falls erprobt, und das ist für uns die Hauptsache. Im übrigen müssen wir gestehen, daß auch von den 120 Mitgliedern der Bürger-schaft kaum ein Duzend jemals irgend etwas von Bedeutung ge-sagt hat; höchstens bei den Straßen- und Wegebauten möchte ein jeder seine Gegend bevorzugt sehen. Große Gesichtspunkte werden in der Bürger-schaft höchst selten zutage gefördert; die Debatte serpilliert sich gewöhnlich in Kleinig- oder Kleinlichkeiten. Der Schluß des Eingangs ist original; er lautet: „Einer Hoffnung möchte ich noch Ausdruck geben, der nämlich, daß es in der zweiten Wählerklasse, unter der sich zahlreiche kleine Staats- und Privat-Beamte, Handwerker usw. befinden, bei intensiver Wahlbeteiligung ge-lingen möge, auch einen der Ihren (? Red.) auf's Schild zu erheben und nicht den ganzen Haub der Umsturzpartei auszuliefern.“ Mein lieber Mann, Sie sind wohl nicht recht bei Trost. Erst degradieren Sie diese Bürger zu „zweitklassigen“ und dann glauben Sie, diese Leute würden ihre eigenen Messer wählen. So dumm sind Sie denn doch nicht! Die zweite Klasse ist der Sozialdemokratie bestimmt; so wünscht es auch der Senat! Im übrigen betonen wir nochmals, wir wollen keine Mandate ausgebilligt erhalten, sondern nur unser gutes Recht. Dafür werden wir stets energisch ein-treten!

Der Bürgerausschuß erhielt Kenntnis von folgendem Senatsbeschlusse: Auf den durch den Rechtsanwalt Dr. Wittern unter dem 26. November 1904 ge-stellten Antrag des Arbeiters Johann Heinrich Stark aus Herzenburg, ihm gemäß dem Beschlusse des hiesigen Land-gerichts vom 18. August 1904 und gemäß § 5 des Reichs-gesetzes vom 20. Mai 1898 eine Entschädigung für die unschuldig erlittene Strafhaft zu ge-währen, hat der Senat diese Entschädigung auf 1350

Souline sich gefügig zu machen; als das junge Mädchen bald darauf erfährt, daß ihr Liebster sich mit einer andern Dame verheiratet hat, stürzt sie sich aus dem Fenster und stirbt. Dann erzählt die Lehrersbraut, daß dies die alte Geschichte ist, welche ewig neu bleibt! — Es mag ja sein, daß die vom Nuto benutzte Geschichte alt war, neu ist nur, daß sie in der vorgeführten Form ein Drama sein sollte. Dazu gehört doch wohl etwas mehr; vor allen Dingen verlangt man eine sich logisch entwickelnde Handlung, dann eine wenigstens einigermaßen konsequente Charakterzeichnung der Personen, dramatische Steigerung usw. Und endlich der Schluß! Einfach rührend. Man hat den Eindruck, daß Herr Hohmann die Schlichtigkeit der Welt im allgemeinen und die der ostpreussischen Junker im Besonderen in seinem Stück kennzeichnen wollte; man merkt aber auch deutlich, daß er das als Dramatiker nicht kann. Der Versuch ist mißlungen, daran ist nach dem Fragment, das gestern über unsere städtische Bühne ging, nicht zu zweifeln. Geklopft wurde recht gut; beson-

ders Fr. Brod als Lehrersbraut suchte zu retten, was möglich war. Den Amtsvorsteher und Gutbesitzer gab Herr Goser nicht abel; in anerkannter Weise spielte Herr Richter den Schulmeister a. D. Weiter waren noch beschäftigt Fr. Cassina, sowie die Herren Sille und Krüger. Der Beifall des schwachbesuchten Hauses war gering und galt den Darstellern. P. L.

Seite Nachrichten.

Königsberg. Todesurteil. Das Schwurgericht in Allenstein verurteilte den Besizer Sohn Kadzick aus Abbau Willenberg wegen Vatermordes zum Tode.

Weimar. Wegen Giftmord verhaftet wurde hier das 16 Jahre alte Dienstmädchen Lisa Linbehorn aus Berka a. S. Sie hat spät Abends ihrer Dienstherrin, den Fleischer Mälerschen Eheleuten, Schwefelsäure in den Kaffee geschüttet, wahrscheinlich in der Absicht, sie abzu-

halten, in einer Diebstahls-Anlage gegen sie als Zeugin auftreten zu können.

Trier. Typhus. In der Stadt Luxemburg ist infolge schlechten Trinkwassers eine schwere Typhusepidemie ausgebrochen, besonders die Unterstadt ist schwer heimgesucht.

Kolmar. Zu lebenslänglichem Zuchthaus verurteilt. Der Knecht Cellerst Jechly, der am 4. Dezember v. J. an dem neunjährigen Töchterchen des Schuldners Wilhelm vom Schlettstädter Gymnasium unter grauenhaften Umständen einen Lustmord verübt hatte, wurde vom Schwurgericht in Kolmar zu lebenslänglichem Zuchthaus verurteilt.

London. Seemanns-Lot. Nach einer bei London aus Sennen, Cornwall, eingegangenen Depesche ist das englische Schiff „Hyber“, von Melbourne kommend, an der Küste von Cornwall gestrandet und total verloren. 23 Mann der Besatzung sind ertrunken, 3 wurden gerettet.

Auf meiner letzten Einkaufsreise kaufte enorm billige Fabrik-Restbestände in

prima Elsässer Weisswaren und prima reinleinenen Tischzeugen.

Dieselben sind in großen Mengen separat aufgestapelt. **Beginn des Verkaufs heute.**

2000 Meter prima Bett-Damaste in neuesten Mustern, 140 cm breit, in Abschnitten à 4 Meter
 Serie I Wert 6.00 Mk. **4²⁵ Mk.** Serie II Wert 8.00 Mk. **5⁷⁵ Mk.**

2000 Meter prima elsässer Pelz-Piqué in Coupons von 2 bis 3 Metern.
 2 Mtr. Coupon Wert 1.60 Mk. **1²⁰ Mk.** 2 1/2 Mtr. Coupon Wert 2.00 Mk. **1⁵⁰ Mk.** 3 Mtr. Coupon Wert 2.40 Mk. **1⁸⁰ Mk.**

4000 Meter prima Elsässer Hemdentuche
 Coupon à 5 Meter Wert 2.75 Mk. **2²⁰ Mk.** Coupon à 10 Meter Wert 5.50 Mk. **4⁴⁰ Mk.** Coupon à 15 Meter Wert 8.25 Mk. **6⁶⁰ Mk.**

Eine Partie reinlein. Jacquard-Tischtücher ca. 40 pCt. unter Preis

Größe 150x150 cm Wert 4.80 Mk. 3²⁵ Mk.	Größe 130x160 cm Wert 5.75 Mk. 3⁵⁵ Mk.	Größe 130x220 cm Wert 8.00 Mk. 5⁵⁰ Mk.	Größe 170x280 cm Wert 13.00 Mk. 8⁹⁰ Mk.	Größe 170x340 cm Wert 16.00 Mk. 10⁹⁰ Mk.
--	--	--	---	--

Reinlein. Servietten Größe 65x65 cm Wert 7.50 1/2 Dtz. **5²⁵ Mk.** **Reinlein. Servietten** Größe 65x65 cm Wert 5.75 1/2 Dtz. **3⁹⁰ Mk.**

Reste von Schürzenstoffen, Bettuchleinen, Bett-Inletts, Hemdenparend, Handtuchdrellen u. s. w. **aussergewöhnlich billig.**

Rudolph Karstadt, Lübeck.

Zum 1. April 1. Etage
 3 Zimmer und Zubehör, Preis 180 Mk.
 Alsterbrook 12.
 Junger Mann sucht in der Stadt ein freundlich möbliertes Parterre-Zimmer.
 Off. u. K. S. an die Exped. d. Bl.

Gesucht 1 Zigarrenmacherlehrling.
 Näheres Wasserwerk 80.
 Ein gut erhaltenes Fahrrad, 8 Italiener
 Segenhauer mit Sahn in bester
 Bauweise, Preis 3 Mk., wird.

Es ist zu verkaufen das Herz König's
 Ratgeber
 Eine Hängelampe und zwei Romane
 „Terra“ und „Königin Traga“ billig zu
 verkaufen
 Büchelstraße 4

Garten-Strümpfer zu verkaufen
 Alsterbrook 55, I.

Die besten Pflanz-Kartoffeln hat ab-
 gegeben. Saat und Nachzucht
 Gevordesstraße 17.

Ein junger italienischer Juchibahn
 zu verkaufen
 Reiferstraße 35, I. Etage.

Bauzeichnungen
 werden sauber und billig angefertigt
 Glorinstraße 27, part.

Empfehlungs-Karten
 werden prompt und sauber
 Die Druckerlei des Ldb. Volksboten
 22 geraden

Priester-Hölzer
 (D. H. R. Nr. 90250 und 116955)
 sind die besten!
 Man findet sie bei uns zu verkaufen

Priester-Hölzer
 E. Boy, Tischler
 Alsterbrook 84, Alsterbrook 84
 Alsterbrook 84, Alsterbrook 84 (siehe Alsterbrook)
 Alsterbrook 84, Alsterbrook 84, Alsterbrook 84

Ziegenfleisch
 Pfund 30 Pfg.
Markthalle 35.

Fleisch und Wurst
 in bester prima Qualität empfiehlt die Hof-
 schlachterei von
G. BEHRENS, Warendorpstraße 9.

Dickfleischig. Wildfleisch
 Pfund 40 Pfg.
C. Beckert, Gr. Burgstr. 38.

Sehr schönen Schinken speck
 empfiehlt
Fernsprech. 473. Th. Storm, Königstraße 98.

Achtung Bauarbeiter!

Mitglieder = Versammlung
am Freitag den 17. d. M.
 abends 8 1/2 Uhr
 im „Vereinshaus“, Johannisstraße 50-52.
Tages-Ordnung:
Bericht der Lohn-Kommission
 über die stattgefundenen Verhandlungen betr. unsere Lohnforderung.
 Die Mitglieder der umliegenden Zahlstellen sind zu dieser Ver-
 sammlung eingeladen.
Kollegen! Erscheint zahlreich!
Der Vorstand.

Öffentl. Volksversammlung
am Sonnabend den 18. März 1905
 abends 8 1/2 Uhr
 im „Vereinshaus“, Johannisstraße 50-52.
Tages-Ordnung:
Die Bewegung im Jahre 1848 in Deutschland und
die jetzige Bewegung in Rußland.
Referent: Reichstags-Abgeordneter Stücklen-Altenburg.
Preis der Karte: 10 Pfg.
 Karten sind bei den Distriktsführern erhältlich.
Der Vorstand des Sozialdemokratischen Vereins.

Die Arbeiter-Garderoben
 aus dem Spezial-Geschäft von
 Lübeck **Otto Albers** Köhlin.
 Markt 4
 sind vortheilhaft bekannt durch gute Ver-
 arbeitung und sehr billige Preise. U. A.:
 Lederhosen . . . 1.80-6.45
 Wamphosen . . . 2.60-8.75
 Schloßhosen . . . 1.88-5.28
 Heberziehhosen . . . 0.98-2.88
 Zwirn-Hosen . . . 1.38-3.28
 Leinene Jacken, Hosen und gerabe, 1.28
 Reizen, Hemden, Schlachterjacken, Fleischerjacken,
 Kaiser-Wäntel erpfauntlich billig.
 Fügen von 30 Pfg bis 1.88 Mk.

Panorama
 (Fritale a. d. Passage, Berlin)
 Alsterbrook 55, I. Etage.
 Diese Woche ausgefüllt:
Reise d. d. malerische
Steiermark.

Stadt-Halle.
 Donnerstag: Zum letzten Male.
 Zu halben Preisen:
Frühlingsluft.
 Logen 1.50 Mk., I. Parkett 1 Mk., II. Parkett
 und Balkon 50 Pfg. Anfang 7 1/2 Uhr.
 Montag den 20 März.

Einmaliges Gastspiel
 von Heinrich Bötel.
Der Postillon von Lonjumeau.
 Oper in 3 Akten von Adam.
 Vielfachen Bühnensiege nachkommend, gelangt an-
 läßlich des Gastspiels von Heinrich Bötel nicht
 „Partha“ sondern die obengenannte Oper zur
 Aufführung.

Stadt-Theater.
 Freitag den 17. März.
 Abends 7 1/2 Uhr. Ende 10 Uhr.
 174. Vorstellung. 25. Freitag-Abonnement.
 Zum letzten Male.
Der Rastelbinder.
 Sonnabend den 18. März. 175. Vorstellung.
 Schiller-Gedächtnisfeier der literar.
 Gesellschaft
 Lübecker Leseabend von 1890.
Wallensteins Tod.
 Vorher: Prolog, gebietet und gesprochen
 von Direktor Frz. Gottscheid.

Brennweinsteuern für den gesamten Jahrbuch der Bewegung mit Ausnahme der Artikel „Wohlfahrt und Reichthum“ sowie der mit P. L. bezeichneten Artikel und Notizen: Paul Bötel, schauer, Stellung. — **Brennweinsteuern** für die Artikel „Wohlfahrt und Reichthum“ sowie die mit P. L. bezeichneten Artikel und Notizen: Paul Bötel, schauer, Stellung. — **Berliner: Eberhard Schwarz** — **Danzig: von Friedr. Meyer & Co.** — **Schleswig: in Lübeck.**

Die Revolution in Rußland.

Im Januar dieses Jahres tagte eine Konferenz der Vertreter des Zentralkomitees der „Russischen sozialdemokratischen Arbeiterpartei“, des „Allgemeinen Jüdischen Arbeiterbundes in Ostaußen, Polen und Rußland“ („Bund“), der „Russischen sozialdemokratischen Arbeiterpartei“ und der „Revolutionären Ukrainischen Partei“. Auch die „Sozialdemokratie Polens und Ostaußen“, die polnische sozialistische Partei „Proletariat“ und die „Armenische sozialdemokratische Arbeiter-Organisation“ waren eingeladen; diese Organisationen hatten indes keine Vertreter entsandt, was teils auf die ausgedehnten Kämpfe in Polen, teils auf zufällige Hindernisse zurückzuführen ist. Die Konferenz beschloß folgenden Aufruf an das Proletariat All-Rußlands:

Die Entwicklung der sozialen Verhältnisse in Rußland hat immer schärfer hervortreten lassen, daß die Selbstherrschaft den Interessen aller Klassen der kapitalistischen Gesellschaft widerspricht, und immer klarer die Notwendigkeit der Beseitigung des Absolutismus bewiesen. Diese Notwendigkeit hat sich mit besonderer Schärfe in den letzten Jahren für alle fortschrittlichen Elemente des Landes herausgestellt, als eine schwere wirtschaftliche Krise den ganzen gesellschaftlichen Organismus erschütterte, als das Elend der Arbeiterklasse ein ungeheures Maß erreichte, als die „Bedürfnisse der Fortbevölkerung“ zu einer ersten Drohung für die Weiterentwicklung der Produktivkräfte Rußlands wurden, als es jedermann klar wurde, daß das ungenutzte Wirtschaften der autokratischen Regierung, ihre Willkür und Unmacht das Unheil, das die Krisis gewöhnlich mit sich bringt, nicht nur vergrößerten, sondern das Land dem völligen unauflösblichen Untergange entgegenzuführen im Begriff standen.

Die Arbeiterklasse war die einzige Macht, welche kühn und offen die Selbstherrschaft zum Todeskampfe herausforderte — dieses ungeheure historische Werk des Mittelalters, das unter dem Schutze der Bajonnette unzerstörlich schien.

Die Forderung der Freiheit beantwortete die Autokratie mit Blutbädern, mit Kerker und Verbannung. Die wachsende Solidarität der Arbeiterklasse versuchte sie durch nationale Verhöhnung, durch das Entzweien tierischer Instinkte der unwissenden Masse zu paralytisieren. Die Judenmorde sollten der Bekämpfung der aufstrebenden und immer stärker werdenden Arbeiterbewegung dienen.

Noch glaubte die russische Regierung, daß eine konsequente Politik der Repression ihre Macht stützen könne.

Doch lange war dieser Weg nicht gangbar. Der Krieg brach aus — ein Krieg, für niemand notwendig, allen verhasst, mit sinnlosen fürchterlichen Opfern. Er weckte sogar den schwächsten Kleinbürger aus seinem politischen Schlummerzustand, er lehrte ihn Politik durch die feurige Sprache der Panonen, durch Ströme vergessenen Blutes, durch ein ganzes Meer von Elend und Kummer. Der Glanz der Autokratie erlosch auf immer.

Und als unter dem Druck des kriegerischen Unglücks die Regierung sich angefaßt des drohenden Bankrotts an die Gesellschaft wandte und den „Frühling“ verkündete — da begegnete ihr diese Gesellschaft mit dem einmütigen Ruf: „Nieder mit der Selbstherrschaft!“

Der „Frühling“ offenbarte sich in der Mobilisation der oppositionellen Kräfte der russischen Bourgeoisie. Die nahebequeme Qualifikation der Selbstherrschaft, der Wunsch, einen möglichst großen Teil ihrer Erbschaft an sich zu reißen — drängten die bisher alleinstehenden Revolutionäre und oppositionellen bürgerlichen Elemente zur Einigung. Es entstehen bürgerlich-demokratische Koalitionen.

Die gesellschaftliche „Frühling“-Bewegung ging unter der Fahne des Liberalismus vor sich. Die Dornen des politischen Lebens Rußlands zeigte die verschiedenartigsten Färbungen bürgerlichen Protestes, vom

rein-demokratischen Programm bis zum alleruntertänigsten Gesuch an den Zarismus um seine freiwillige Selbstvernichtung.

Das Proletariat zeigte noch wenig Aktivität. Es schien, als ob es warte, bis all der Dunst liberalen Geschwätzes verfliegen sein würde. Die Kurzsichtigen aus dem Lager der Liberalen waren überzeugt, daß das Proletariat noch im tiefen Schlafe stehe, und gedachten, blind gegenüber der Vergangenheit, die politische Befreiung Rußlands selbst in die Hände zu nehmen. Aus dem liberalen Lager erschollen Aufrufe an das gesamte Volk, wurde in verstärkter Weise die Notwendigkeit gepredigt, die Klassengegensätze zu verbergen.

Die nebelhafte liberale Phrasologie wurde zur ersten Drohung für die volle Klarheit des Klassenbewußtseins des Proletariats.

Und die Organisationen des Proletariats funktionierten gefordert eine von der anderen. Das Hervortreten der Sozialdemokratie trug den Charakter der Unentschiedenheit. Der gemeinschaftlichen Konzentration der bürgerlich-liberalen Kräfte, dem Anstrome bürgerlicher Ideologie konnte die Sozialdemokratie Rußlands nur eine Reihe einzelner Organisationen entgegenstellen, die selbständig ohne einen gemeinsamen Handlungsplan, ohne ein einziges führendes Zentrum funktionierten.

Um so stärker trat daher die Notwendigkeit einer Einigung zwischen den Organisationen hervor, die Notwendigkeit, sei es auch eine vorläufig nur zeitweilige Vereinbarung zu treffen zum gemeinsamen tatkraftigen Ansturm auf die dem Untergange nahe Autokratie, zur energischen Verteidigung der Interessen des Proletariats gegenüber den Gelüsten der Bourgeoisie.

Und im Innern der Arbeiterklasse vollzog sich währenddessen eine gewaltige Arbeit. Es bereitete sich ein mächtiger Protest vor, ein Protest, voll von den schwerwiegendsten Folgen.

Die Wellen der durch gemeinsame Not und Hoffnung zusammengezwungenen Proletariats überschwemmten die Vororte und Straßen Petersburgs.

„Achtstündiger Arbeitstag“, „Mehr Spielraum für die Kräfte des Volkes“, „Nieder mit den Dpriktschnid“, mit den Bedrückten und Bedrückern“ — dieser Schrei entriß sich dem bedrückten Petersburger Proletariat, das zu neuem Leben erwacht, sich noch nicht zu seiner ganzen Höhe aufgerichtet hatte, noch nicht durchdrungen war von dem klaren und stolzen Selbstvertrauen seiner großen Macht und seiner hohen Bestimmung.

Mit Hunderten von Salven antwortete die russische Regierung dem Volke. Hunderte von Menschenleben mußten die Volksmassen für ihren naiven Glauben, für ihre historischen Verirrungen bezahlen.

Der Blitz des Gedankens und die Flamme des Zornes erschellte endlich Verstand und Herzen der Proletariatsmassen. Mit elementarer Kraft wälzten sich die Wellen proletarischer Empörung dahin. Sie bröckelten den Zerenthsen zu zerstören und die verhassten Tyrannen vom Erdboden zu vertilgen, sie stößten der „freiheitsliebenden“ Bourgeoisie einen abergläubigen Schrecken ein.

Ein Sturmwind zog über unser ganzes heimatisches Land dahin, entzündete die Flamme des Aufstrebens und rief unter der Fahne der Sozialdemokratie Hunderttausende von Arbeitern auf die Straße, bereit die Freiheit zu erkämpfen oder zu sterben.

Und diese großen Ereignisse fordern mit mächtiger Stimme die Vereinigung aller Kräfte der Sozialdemokratie, um die Arbeiterbewegung unter der Fahne des Sozialismus wahrhaft proletarischen Zwecken zuzuführen.

Während der blutigen Morgenröte der Januarstage ist endlich der erste Schritt zur Vereinigung der Sozialdemokraten Rußlands getan worden. Die sieben stattgehabte Konferenz der Vertreter des Zentralkomitees der „Russischen sozialdemokratischen Arbeiterpartei“, des „Bunds“, der

Russischen sozialdemokratischen Arbeiterpartei“ und der „Revolutionären Ukrainischen Partei“ ist der erste Stein zum großen herrlichen Gebäude der Zukunft — einer einzigen, festen und starken Partei des ganzen russischen Proletariats.

Beim heftigsten Licht der Arbeiterrevolution reichen wir einander die Hände. Vor uns liegt eine große Aufgabe — die ungeheuren Kräfte Rußland in eine weite Bahn zu lenken, seiner politischen und sozialen Befreiung entgegen, zu lenken nach einem einzigen Plan bei festem gemeinschaftlichen Zusammenarbeiten, in vollem und klarem Bewußtsein unserer nächsten und entfernteren Aufgaben.

Wir wenden uns mit unserem Aufruf an alle Arbeiter Rußlands. Die Zeit entscheidender Aktionen gegenüber dem autokratischen Regime ist gekommen. Wir wüßten uns die politische Freiheit erobern, damit wir auf dem Boden dieser Freiheit den weiteren Kampf gegen die kapitalistische Exploitation im Namen des hohen sozialistischen Ideals führen können.

Tage unermesslicher historischer Wichtigkeit haben wir durchlebt und werden wir durchleben. Sie werden auf lange hinaus unsere Rolle im politischen Leben Rußlands bestimmen.

Mögen alle Arbeiter Rußlands ohne Unterschied der Nationalität von dem Bewußtsein ihrer Klasseninteressen durchdrungen werden, mögen unsere proletarischen Forderungen überall laut erschallen.

Wir fordern:

1. Die Einberufung einer konstituierenden Versammlung von Volksvertretern, die von allen Bürgern ohne Unterschied des Geschlechts, der Religion und der Nationalität auf Grundlage des direkten, gleichen und allgemeinen Wahlrechts mit geheimer Stimmabgabe erwählt werden.
2. Die sofortige Einstellung des Krieges mit Japan.
3. Die sofortige Befreiung aller wegen politischer und zeitlicher Angelegenheiten Verhafteten und Verbannten und Einstellung aller ähnlichen Prozesse.
4. Die sofortige Einführung des achtstündigen Arbeitstags für alle Schwarzarbeiter in allen industriellen, landwirtschaftlichen und Handelsbetrieben.

Wir werden die Waffen nicht niederlegen, bis alle unsere Forderungen erfüllt sein werden, doch werden wir auch in der konstituierenden Versammlung — welche Rußland freie staatliche Institutionen gewähren soll — nicht aufhören, für die Schaffung solcher politischen Formen zu kämpfen, die die Freiheit und ungehinderte Entwicklung unseres Klassenkampfes um die ganze Fülle der nächstliegenden proletarischen Forderungen, um unser Endziel, den Sozialismus, sichern sollen.

In der konstituierenden Versammlung werden wir fordern:

1. Abschaffung des autokratischen Regimes und Ersetzung desselben durch eine demokratische Republik auf Grundlage des allgemeinen, gleichen und direkten Wahlrechts mit geheimer Stimmabgabe.
2. Weite lokale Selbstverwaltung auf Grundlage desselben Wahlrechts und territorialer Selbstverwaltung für diejenigen Gebiete, welche sich durch besondere kulturell-geschichtliche Bedingungen im Zustande der Bevölkerung kennzeichnen.
3. Unverletzlichkeit der Person und der Wohnung, unbeschränkte Freiheit des Gewissens, des Wortes, der Presse, der Versammlungen, der Streiks und der Vereinigungen.
4. Aufhebung der Standesunterschiede; Gleichberechtigung aller Bürger, ohne Rücksicht auf Geschlecht, Religion, Rasse und Nationalität.
5. Abschaffung aller Ausnahmsgesetze gegen einzelne Nationalitäten; vom Gesetz garantierte Freiheit der kulturellen Entwicklung für jede Nationalität; das Recht, in der Muttersprache Bildung zu erhalten und überall, in allen öffentlichen, gesellschaftlichen und staatlichen Institutionen und Versammlungen in der Muttersprache reden zu dürfen.

Ufraja.

Ein nordischer Roman von Theodor Mügge.

104. Fortsetzung.

Ufajas Hausgenosse wurde zunächst zu Boden geschlagen. Die großen, starken Männer fanden geringen Widerstand bei dem schwächlichen Geschlecht, das in wilder Flucht auseinander stäubte und mit Geschrei und Gelächter, mit einzelnen Schüssen und mit Stößen und Stangen verfolgt wurde.

Die Quäner, Blappen und Fischer fielen über die zurückgelassenen Vorräte her, schleppten sie fort und verteilten sie, mit schallendem Hako ging die Jagd über die Felsen hinter dem Kirchplatze fort bis zu dem hohen Fjelde hinauf, das sich dahinter ausdehnt.

Paul Peterjen tat inzwischen so viel, daß er die Gefangenen vor Angriffen schützte und sie sämtlich in die Vorhalle der Kirche bringen ließ, wohin auch Marstrand geführt worden war. Nach und nach kamen noch einige dazu, die auf der Flucht ergriffen waren, und zum Teil hatte man sie arg geschlagen. Bitternd standen und lagen die armen Geschöpfe in den Winkeln, und in Todesangst drängten sie sich zusammen, wenn draußen der Lärm wilder wurde und tobende Stimmen forderten, daß man diese Diebe und Mörder sämtlich ohne lange Weitläufigkeiten in den Fjord stürzen müsse.

Der einzige Lappe auf dem Platze war ein Toter, der mit offenen Augen und freier Stirn allem Ungemach zuschaute, ohne zu bangen. Marstrand lag noch auf der verlassenen, zertrümmerten Bahre, ein Gegenstand des Spottes und der Verspottung. Die ihn einst gefürchtet, ließen ihn jetzt mit Lächeln, schrien ihm freche Schimpfworte zu und lachten, wenn er getreten wurde. Was sollte man mit ihm begutten? Niemand war da, der sich seiner herzlichen Ueberzucht erbarmt hätte, und hier auf dem Friedhofe im Schatten

einer christlichen Kirche wollte ihm auch keiner eine Ruhestätte gönnen. Es dauerte daher nicht lange, so hatten ein paar grimmige Quäner ihm Stricke um Weine und Hals geschlungen, tüchtige Steine daran befestigt, und eben als Bogt und Sorenshiver samt mehreren der angesehenen Männer von einer ersten Beratung zurückkehrten, kollerte der Körper des unglücklichen Moritno von einem steilen Klippenrand ins Meer.

„Das ist wahrlich das Beste, das geschehen konnte,“ sagte Paul Peterjen für sich. „Die Grundhüte werden da unten schon bald mit ihm fertig sein, und wir sind ihn für immer los.“

Dann tadelte er jedoch die übereilte Handlung, befahl, daß jeder sich ruhig halten und niemand das Eigenem der entflohenen Vögel berühren solle, ein Befehl, der freilich zu spät kam, denn was zu haben war, hatte schon allerlei Herren gefunden. Dann ließ der Bogt die Kirchentür öffnen und trat mit seinen Begleitern herein. Einige 30 Gefangene waren dort verwahrt, von denen die meisten auf den Knien lagen und um Gnade heulten, als sie die strengen kuffernen Gesichter sahen. Ufaja sah an der Mauer. Seine Hände waren ihm gebunden, die Hände auf dem Rücken zusammengeknüpft. Der Bogt blickte ihn an und schüttelte den Arm gegen ihn.

„Du alter Bösewicht sollst diesmal der Gerechtigkeit nicht entgehen,“ sagte er. „Seit vielen Jahren hast du dein Herz und Landbewesen getrieben, endlich haben wir dich. Alles Unheil auf deinen Kopf! Du sollst keinen Schaden mehr anrichten, nicht mehr schmäheln und spotten und an Auftrahs und Besebrechen denken. — Was Gutes aber bestrift,“ fuhr er fort, „so will ich Gutes schauen, wenn Sie die Wahrheit bekennen. Die Wahrheit will ich aus Euren lipbädigen Köpfen herausbringen, dessen seid gewiß. Denkt darüber nach, bis ihr in Eroms seid. Dahin müßt Ihr, sollt dort Zeugnis ablegen. Vorwärts mit Euch! und wer einen Laut tut, wer einen Versuch zum Entweichen macht,

der soll es büßen. Nehmt das alte Euer auf und schleppt es fort.“

Vom Entwichen war keine Rede. Die Hände waren ihnen allen gebunden; einigen wurden diese jetzt gelöst, um Ufaja auf den Rutter des Bogts zu tragen, der eben seine Segel fertig machte. Der große Mann sprach kein Wort, kein Zug in seinem Gesichte deutete Unruhe oder Schmerzen aus, obwohl er unmerklich behandelt und mit grausamer Gewalt zusammengeschnürt war.

Bogt Paulsen ging nun in die Kirche, wo Marstrand in einem Stuhl saß, man hatte ihn von den Lappen abgeholt, und an der Tür stand ein Bewaffneter, der verhindern sollte, daß er mit Ufaja spräche. — Schwerenützig nachsinnend hatte er Zeit gehabt, sein Schicksal zu bedenken, doch was ihn selbst betraf, hielt er für weit geringer, als was er am sich her gesehen sah.

Der jähre Tod Björnarnes, Dlass und der armen Gula hatte ihn aufs äußerste erschüttert. Er dachte an Hanna und Ida, an Helgefrids Leid und Schande und an den unglücklichen Greis, der in die Hände erbarmungsloser Fische gefallen war. Was sollte aus ihm werden? Was hatten sie mit ihm vor? — Auf mehr als hundert Meilen gab es keine Macht, die ihrer Grausamkeit Einhalt tun konnte. Er fürchtete nicht das Meer, aber doch Arges und Schreckliches genug, und was konnte er dagegen ausrichten? Sein einziger Freund, der einzige Schützer des unglücklichen Ufaja, war Klaus Hornemann. Wo war dieser jetzt? Warum war er nicht hier? — War er krank, war er tot? Wer wußte es! Doch daß er kommen würde, wenn er lebte, war gewiß, und dieser Gedanke blieb die einzige Hoffnung, die ihren tröstenden Strahl in sein wirres, verdüstertes Denken schickte.

Als der Bogt mit seinen Begleitern hereintrat, wandte er sich vor dem roten, laferhaften Gesicht anwillig fort. „Stehen Sie auf, Herr,“ sagte Paulsen mit voller Amtsstrenge.

